

der Zeitung  
ausdrucken  
wollten.  
Gehrt es  
die Gefahr,  
dass  
der Krieg  
und eine  
nicht zu tun  
ist.  
Doch vertragt  
verhandlungen

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.  
Berner Nr. 20.

Postleitzettel: Dresden 1388  
Girokarte Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsaufwaltung beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Finanzamts Meißen, sowie des Gemeinderates Wünsch.

Nr. 291.

Freitag, 15. Dezember 1922, abends.

75. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit auszugsweise der Sonn- und Montagszeitung. Bezugspreis, gegen Vorabzugsergänzung, monatlich 400.— M. nur einzige Ausgabe. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erreichen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Wechs für die 80.- aus Zone 8 von 8 bis 10 Uhr. Bruttobasis: 40.— Mark; Zeitabend und tabellarischer Satz 50.— Mark. Nachrichten- und Vermittelungsgebühre 8.— Mark. Alle Taxe. Bevölkerung Rabat. reicht wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Gelösungsort: Riesa. Nichtlängere Unterhaltungsbeläge, "Zähler an der Elbe" — Im Falle höherer Gewalt — Streit oder sonstiger irgendwie Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Abfernung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Postleitzettel: "Riesastraße 59" Postamt für Reklamation: Arthur Hähnel, Riesa. Filiale: "Vorstadt". Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Milchkarten betr.

Die Ausgabe der Vollmilchsorten auf die Zeit vom 1. Januar bis mit 31. März 1923 findet für Kinder vom 1.-12. Lebensjahr, für schwangere Frauen und für Personen vom vollendeten 65. Lebensjahr im Rathaus — Lebensmittelamt — Zimmer Nr. 15 — wie folgt statt:

Dieselben, die ihre Brotmarken im "Hotel Stern" holen, am 18. 12. nachm. 2-5 Uhr,  
" " " " in der "Polizeiwache" holen, am 19. 12. nachm. 2-5 Uhr,  
" " " " im "Hotel Kronprinz" holen, am 20. 12. nachm. 2-5 Uhr,  
" " " " in der "Knabenstube" holen, am 21. 12. nachm. 2-5 Uhr,  
" " " " im "Cafe Wolf" holen, am 22. 12. nachm. 2-5 Uhr.

Diejenigen, die ihre Brotmarken in der "Herberge" und "Gute Quelle" holen, am 23. 12. vorm. 8-12 Uhr,

in der "Dampfbadewanne" holen, am 27. 12. nachm. 2-5 Uhr,

in "Stadt Dresden" holen, am 28. 12. nachm. 2-5 Uhr,

in "Sieberts Restaurant" holen, am 29. 12. nachm. 2-5 Uhr.

Bur Rückstellung der Karten zum Bezug der Vollmilch sind Ausweisnoten (Geburts-

urkunde oder Familienstammbuch), Brotausweisblatt und der leere Milchkartenausweis

mitzubringen. Ohne Vorlegung dieser Noten erfolgt keinesfalls Abgabe von Milchkarten.

Bei verspäteter Abholung der Karten ist eine Gebühr von 5 M. für besonders

Ablösung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 15. Dezember 1922.

## Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 15. Dezember 1922.

\* Neue Höchstpreise für Milch- und Milcherzeugnisse. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat mit Wirkung vom 16. Dezember 1922 neue Höchstpreise für Milch und Milcherzeugnisse festgesetzt. Sachsen wird in zwei Milchpreiszonen eingeteilt, deren eine — die Zone 2 (Siedlungszone) — wegen ihrer besonders ungünstigen Wirtschaftslage für Milch und Milcherzeugnisse einen Rückgang zu den Preisen des zur Zone 1 gehörigen übrigen Landes erhält. Der Zone 2 werden u. a. zugewiesen von dem Komunalverbände Dippoldiswalde bis Amtsgrenzen besetzte Gemeinden, Altenberg und Frauenstein. Die Erzeugerhöchstpreise für Milchlieferungen an Milchhändler, Molkereien oder Sammelstellen betragen ab Stall für das Liter Vollmilch in Zone 1 90 Mark, in Zone 2 100 Mark. Liter-Fettgehalt 30 und 33,33 Mark. Liter Magermilch 45 und 50 Mark. Gemeindlichen Landmolkereien ist für die Lieferung Molkereimilch behandelten, in einem Kreisradius von 5 Kilometern bis 2 Mark, über 5 Kilometer bis 3 Mark. Zuschlag je Liter bezahlt werden. Für den Milchkleinverkauf durch die Erzeuger unmittelbar an die Verbraucher ab Gebührt haben die Komunalverbände und, wenn diese davon absiehen, die Gemeindebehörden im Einvernehmen mit den zuständigen Kreisverbandsstellen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Höchstpreise (Verlängerungspreise) festzulegen, die folgenden Beiträge nicht überschreiten dürfen: Für das Liter Vollmilch in Zone 1 104 Mark, in Zone 2 115 Mark, für Mager- oder Buttermilch 52 und 57 Mark. Die Erzeugerhöchstpreise für Lieferung an Wiederverkäufer betragen: Für Kuhhalter ab Gebührt bei Herstellung aus Milch der Zone 1 für das Pfund Butter 990 Mark, Zone 2 1100 Mark; für Speisequark mit höchstem Fettgehalt 90 und 100 Mark; für gewerbliche Molkereien ab Molkerei Butter 1170 und 1300 Mark. Speisequark mit höchstem Fettgehalt 108 und 118 Mark. Für den Kleinverkauf von Butter und Quark ab Gebührt oder Molkerei unmittelbar an die Verbraucher ist den Kuhhaltern bis zu 6 Prozent, den gewerblichen Molkereien bis zu 15 Prozent Zuschlag zu zahlen. Erhält eine Gemeinde Milch aus beiden Freizeonen oder einen Teil ihrer Milch aus außerjädischen Gebieten mit anderem Erzeugerpreis, so ist durch die Gemeindebehörde ein eingeschränkter Kleinverkaufspreis (Durchschnittspreis) nach dem Verhältnis der aus jedem Preisgebiet gelieferten Milchmenge zu berechnen und festzulegen.

— Die Milch- und Butterpreise. Die Nachrichtenhefte in der Staatskanzlei schreibt über die neuen Höchstpreise für Milch und Butter folgendes: Bei freier Wirtschaft richtet sich die Preisgestaltung der Frühdämme nach den Verwertungsmöglichkeiten, vor allem nach dem Butterpreise. Butter ist infolge des Wegfalls der Einfuhr — vor allem infolge des Fehlens der südlichen Butter — in einer der Nachfrage gegenüber viel zu geringen Mengen vorhanden. Schmalz und Margarine sind Substitutionen, die von der Lebendbewegung direkt beeinflusst werden. Die weit hochwertigste Butter folgt dadurch ebenfalls im Preise mittelbar bei freier Wirtschaft der Dollarkreisbewegung und ebenso die Milch, sonst wird sie verbilligt und hierdurch die Frühdämmeversorgung gefährdet. Im Wege der Preisvereinbarung mit den Milch- und Butterinteressenten ist von der Regierung seit 1½ Jahren der Vertrag gemacht worden, die Auswirkung dieser Preisbeziehungen durch verschiedene Festlegung des Milchpreises zu verlangsamen. Nicht selten mit Erfolg, das muss anerkannt werden. Bei zeitweise günstigen Ergebnissen für den Milchpreis haben insbesondere die vorwähmischen Verhältnisse zu einer ganz außerordentlichen Instabilität der Milchpreisverarbeitung geführt. Wie bekannt, hat die in letzter Zeit rücksichtlose Ausnutzung der Preisrelationen eine katastrophale Preisgestaltung geschaffen, die den lebenswichtigsten Milchtonum unterband und die Vollkraft gefährdet. Dieser Zustand hat die sächsische Regierung zu dem Eingriff in die freie Preisgestaltung durch die Höchstpreisverordnung vom 20. November veranlaßt, der von den weitesten Molkereien begrißt worden ist. Eine Stabilisierung des Milchpreises ist natürlich unter der Auswirkung der fortwährenden Selbstwertung unmöglich. Dieser wird durch die Höchstpreisverordnung vom 18. 12. 1922 ausreichend Rechnung getragen. Auch die neue, von jetzt ab geltende Preisfestlegung ist unter sorgfältigster Berücksichtigung der durchaus notwendigen landwirtschaftlichen Betriebsintensität erfolgt; die Interessengruppen sind vorher gehört worden, einschließlich landwirtschaftliche Vertreter haben die jetzige Preishöhe für angemessen erachtet. Die Bedingungen auf rücksichtlose Ausnutzung der Konjunktur mußten dagegen abgewiesen werden. Notwendig ist die Bereitstellung bes

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 7400 Mark.

Das Mittel hierzu ist die Begrenzung des Butterkreises: der Butterkonsum steht nunmehr hinter der Bedeutung der Milchfrage zurück. In einer Predigt von Vertretern der Oberpräsidien von Magdeburg, Breslau und den Kreisbehörden der Nachgebiets ist die sächsische Regelung allseitig gutgeheißen worden. Es sind Bestrebungen im Gange, daß eine ähnliche Begrenzung der Milchpreisgestaltung auch in den Nachgebiets erfolgt; in dem mitbeteiligten Freistaat Sachsen ist eine Notwendigkeit.

— Verein Rheinisch-Westfälischer Landsleute. Sonntags, feiert der Verein Rheinisch-Westfälischer Landsleute sein 2. Gründungsfest im Saale der Elbterrasse. Alle Landsleute vom Rhein- und Saargebiet, Elbe-Lahn-Derlin und Westfalen, die in dieser schweren Zeit fest und treu zum deutschen Mutterland halten und mit treideutschen Männern und Frauen für ihre Heimat mit einzutreten und kämpfen wollen, in Riesa und Umgebung wohnen, werden hiermit zum Anschluß an den Verein aufgefordert. Anmeldungen werden am Sonntag an der Kasse oder schriftlich im Vereinslokal, Hotel "Stadt Dresden", angenommen. Auf das diesjährige Interat ist vorliegenden Rummel sei hiermit hingewiesen.

\* Der Kaufpreis für verliebene Ordenszeichen. Da der Silberwert der Orden und Ehrenzeichen infolge der außerordentlichen Geldwertveränderung weiter beträchtlich gestiegen ist, werden die mit Verordnung des Gesamtministeriums vom 19. Juli 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 171 vom 28. Juli 1920) festgelegten Preise für den dauernden Erwerb sädlicher Orden und Ehrenzeichen mit Wirkung vom 15. Dezember ab auf das 50fache erhöht.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu dem Antrage Breukens, der dahin geht, einen Teil des abgelösten Umlagegetreides anstatt mit Geld mit Stichtodfüllung zu bezahlen. Es ist nicht richtig, daß die sächsische Regierung, wie in einem Teil des Preises zu lesen war, sich ablehnend zu dem Antrage Breukens verhalten hat. Sie hat im Gegenteil den preußischen Antrag grundsätzlich gebilligt und deshalb auch begrüßt. Doch mußte sie gegenüber den schwerwiegenden Gründen, die das Reich gegen die Durchführung des preußischen Antrags vorbringen konnte, ihre Zustimmung abhängig machen von der Voraussetzung, daß 1. das Reichsfinanzministerium die Verantwortung übernimmt, daß durch diese Aktion, sei es im Wege der Finanzierung durch das Reich, sei es durch Kreditgewährung, das Reparationsproblem nicht beeinträchtigt und die Brotgetreideknappheit nicht verschärft wird, und daß 2. die etwaige Kreditgewährung unter solchen Bedingungen abgeschlossen wird, die eine Erhöhung oder eine Versteuerung des zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte notwendigen Getreides verhindern. Am übrigen darf man sich nicht täuschen.

\* Bezahlung des Umlaufes mit Stichtodfüllung. Mitteilung der Nachrichtenstellen der Staatskanzlei: In der Öffentlichkeit sind da und dort irgende Darstellungen gegeben worden über die Stellungnahme der säch